

Zusammenfassung Plenumsdiskussion

Nationale Integrationskonferenz vom 12. Mai 2011: Protokoll Plenumsdiskussion

An 15 Tischen wurden die vier Prinzipien „Chancengleichheit verwirklichen“, „Vielfalt berücksichtigen“, „Potenziale nutzen“ und „Eigenverantwortung einfordern“ mit folgenden Fragestellungen diskutiert: Was läuft derzeit gut in der schweizerischen Integrationspolitik? Wo haben wir Probleme? Wo sollten Bund, Kantone und Gemeinden im Sinne einer kohärenten Integrationspolitik Schwerpunkte setzen?

Die Tischgespräche sind in zusammenfassenden Protokollen festgehalten und wurden während der Konferenz im Plenum punktuell vorgestellt und weiter diskutiert:

Eigenverantwortung einfordern

Es wird festgestellt, dass Migrantinnen und Migranten in überwiegender Mehrheit ihre Eigenverantwortung sehr gut wahrnehmen. Auch die drei staatlichen Ebenen signalisierten mit den TAK-Empfehlungen von 2009 und der heutigen Tagung Bereitschaft, Verantwortung zu tragen. Bei den Erwartungen an Migrantinnen und Migranten müsse im Bewusstsein bleiben, dass nicht alle Personen über dieselben Ressourcen verfügen.

Kritisch vermerkt wird, dass die Wirtschaft, welche ausländische Arbeitskräfte benötigt, zu wenig Verantwortung für deren Aus- und Weiterbildung übernehme und zu wenig gesellschaftspolitisches Engagement zeige. So wie von Ausländerinnen und Ausländern erwartet wird, dass sie sich eigenverantwortlich für den Erwerb von Grundkompetenzen einsetzen, sei auch die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen, ihren Beitrag zu leisten.

Von den Ausländerinnen und Ausländern soll nicht mehr und nicht weniger erwartet werden als von der einheimischen Bevölkerung. Diese empfinde die Zuwanderung jedoch zunehmend als Problem (Überlastung der Infrastruktur, Konkurrenz auf Arbeits- und Wohnungsmarkt, Probleme in Schulen). Der einheimischen Bevölkerung müsse aufgezeigt werden, dass die Politik ihre Befindlichkeit ernst nehme, indem die Integration der ausländischen Bevölkerung nicht nur vermehrt gefördert, sondern im Rahmen der geltenden Regeln und Freiheitswerte auch konsequent eingefordert werde.

Potenziale nutzen

Es werden zahlreiche Beispiele genannt, wie Migrantinnen und Migranten ihre Potenziale für die Gesellschaft und die Wirtschaft nutzbringend einsetzen. Dies sei ihrem eigenverantwortlichen Engagement zu verdanken, wobei die Verstärkung der Integrationsförderung auf allen politischen Ebenen der letzten Jahre diese Entwicklung unterstützt habe. Von Vertretern aus der Romandie wird darauf hingewiesen, dass auch im politischen Bereich das Potenzial von Migrantinnen und Migranten anerkannt und genutzt werde sollte.

Dennoch wird festgestellt, dass das Potenzial von Migrantinnen und Migranten in der Schweiz noch viel zu wenig ausgeschöpft werde. Im Ausland erworbene Qualifikationen würden häufig immer noch nicht anerkannt. Bei Arbeitslosen stehe die rasche Integration in den Arbeitsmarkt, oftmals in unqualifizierten Bereichen im Vordergrund, was häufig auf Kosten der Nachhaltigkeit gehe. Auch bei sozialhilfeabhängigen Personen werde kaum in die Weiterbildung investiert. Sprachkenntnisse sowie die Vertrautheit mit jeweils anderen kulturellen Verhaltensweisen stellen Potenziale dar, die noch viel zu wenig konsequent genutzt werden.

In Zukunft gelte es, den Übergängen im Bildungssystem besondere Beachtung zu schenken. Besondere Anstrengungen brauche es zudem im Frühbereich: Fähigkeiten und Kenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund müssen ebenso positiv wahrgenommen werden und eine Wertschätzung erfahren. Um Potenziale nutzen zu können, brauche es entsprechend grössere Investitionen bei der Integrationsförderung (als solche sind die Ausgaben im Integrationsbereich zu betrachten).

Auch hierzu wird betont, dass die Wirtschaft mehr beitragen müsse, um Potenziale zu fördern und zu nutzen, auch jenes von weniger gut Qualifizierten. Aber auch die staatlichen Stellen, seien es die Verwaltungen oder Schulen, müssten mehr unternehmen, dass sich Potenziale entfalten können. Dafür brauche es finanzielle Mittel und Zeit, denn Integration sei ein Prozess, der nicht von heute auf morgen geschehe. Schliesslich liege auch ein Potenzial im erfolgreichen und friedlichen miteinander Leben, das der Schweiz Vorteile bringen kann.

Vielfalt berücksichtigen

Vielfalt wird bereits vielerorts gelebt. Die Schweiz habe mit ihrer Verfassung und dem Föderalismus eigentlich die besten Voraussetzungen, um mit Vielfalt umzugehen. Es gelte anzuerkennen, dass

Migration und damit auch die kulturelle Vielfalt eine Realität darstelle. Die Verfassung biete mit den Grundrechten gute Spielregeln als Basis für ein friedliches Zusammenleben in einer heterogenen Bevölkerung. So wie die Vielfalt der Bedürfnisse anerkannt werden müsse, gelte es auch Vielfalt in der Umsetzung der Integrationspolitik zu berücksichtigen. Denn Gemeinden und Städte wie auch die Kantone sind vielgestaltig und brauchen einen entsprechenden Gestaltungsspielraum, um auf regionale Bedürfnisse reagieren zu können.

Während die politischen Verantwortungsträger die Vielfalt eher als Realität anerkennen und wertschätzen, wird sie in der breiten Öffentlichkeit zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Ausländerinnen und Ausländer sollen jedoch nicht als homogene Gruppe aufgrund von Durchschnittswerten beurteilt werden. Die Berücksichtigung der Vielfalt dürfe aber auch nicht dazu führen, dass Vorurteile zementiert und einer Segregation Vorschub geleistet werde.

Die Herausforderung bestehe darin, die Aufnahmekapazität des Landes so zu gestalten, dass sie zukunftsorientiert ist. In der Integrationsförderung brauche es auch Unterstützung von Projekten, welche den Wert der Vielfalt aufzeigen; sie solle sich nicht ausschliesslich auf Sprachkurse beschränken.

Chancengleichheit verwirklichen

Die Bemühungen der letzten Jahre zeigen insofern Erfolge, als dass in gewissen Themen annähernd Chancengleichheit erreicht wurde. Beispielsweise sei die 2. Generation Ausländerinnen und Ausländer gemäss jüngster Pisa-Studie schulisch gleich erfolgreich wie Schweizer Kinder.

Dennoch ist das Ziel der Chancengleichheit in vielen Bereichen, namentlich in Bildung und Arbeit sowie im Gesundheitswesen, noch in weiter Ferne, unter anderem aufgrund bewusster oder unbewusster Diskriminierungen. Oft sei aber nicht die Variable „Ausländer“ ausschlaggebend für die statistischen Unterschiede etwa in der Bildung, Arbeit oder bei der Kriminalität, sondern vielmehr der sozio-ökonomische Status der Person/der Familie. Darauf verweisen insbesondere die Fachleute aus dem Bildungsbereich sowie aus der Sozialhilfe. Oft potenzieren sich jedoch verschiedene Probleme bei Ausländerinnen und Ausländern.

Es müsse deshalb primär bei den sozio-ökonomischen Unterschieden angesetzt werden, auch um zu verhindern, dass Schweizerinnen und Schweizern von Massnahmen ausgeschlossen würden. Mit mehr Investitionen in die Frühförderung könne hier ein wichtiger Beitrag geleistet werden. Zudem sei vermehrt auch die strukturelle Ebene in den Fokus zu nehmen: Welche Mechanismen führen zu Ungleichbehandlungen von Personen unterschiedlicher Nationalität, sozialer Schicht etc.?

Schlussvoten der Podiumsteilnehmenden

Pascal Broulis betont als Vertreter der Kantone, dass diese heute bereits ihre Verantwortung wahrnehmen würden. Vom Bund erwarten die Kantone, dass er in seinen Kompetenzbereichen ebenfalls Verantwortung übernehme und dabei den Föderalismus als Stärke betrachte. In den Kantonen können unterschiedliche Erfahrungen gemacht werden und so die Vielfalt als Chance genutzt werden.

Corine Mauch unterstreicht, dass die durch Migration gestiegene Vielfalt eine Realität sei, von welcher die Schweiz profitieren könne. Städte, Gemeinden, Kantone und der Bund hätten unterschiedliche Rollen und Funktionen. Es brauche eine Zusammenarbeit aller drei staatlichen Ebenen; eine Zusammenarbeit, welche aber Flexibilität vorsehe und die Vielfalt der Gemeinden und Kantone anerkenne.

Mario Gattiker unterstützt als Vertreter des Bundes das Anliegen der zwei anderen politischen Ebenen, dass es einen gemeinsamen Weg brauche. Eine gelungene Integration führe zu mehr Wohlfahrt und erhalte die soziale Kohäsion, was letztlich wieder die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz steigere.

Guy Morin dankt als TAK-Präsident den Teilnehmenden für die sachliche Diskussion und das hohe Fachwissen, das eingebracht wurde. Wie in der Diskussion ersichtlich wurde, zeigt sich der unter den anwesenden Entscheidungsträgerinnen und -trägern einen Konsens, was die Bedeutung der Migration und Integration in der Schweiz betreffe – ein Konsens, welcher in der Bevölkerung nicht derart breit geteilt würde. Es gelte in der breiten Bevölkerung sowie bei nicht-staatlichen Akteuren das Bewusstsein für Migrations- und Integrationsfragen zu fördern.